

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
90 (1923)**

14.6.1923 (No. 134)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-1205743](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-1205743)

Bezugspreis. Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochenschrift, Dämmer-Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint nur wochentags. Preis für Stadt- u. Postabnehmer ohne Bestellgeld für Juni 4500 M. Einzelnummer 200 M.

Oldenburgische

Volks-Zeitung

Anzeigen. Der Zeilenpreis beträgt für unregelmäßig aus dem Freistaat Oldenburg 300 M. für die einfache Zeile oder deren Raum, für sonstige 450 M., Reklamezeile 1200 M. Telephonisch aufgebundene Anzeigen geben kein Einspruchsrecht.

Verantwortlicher Schriftleiter: O. Thole, Bechta, Fernspr. (5).
Druck und Verlag: Bechtaer Druckerei und Verlag, O. m. b. H.
Geschäftsleitung: Verlagsdirektor A. Sommerfeld, Fernspr. 5

Tageszeitung für das Oldenburger Land.

Gratis-Beilagen: „Wochenblatt für Land- u. Hauswirtschaft“
Schriftleiter: Dekonomierat Voghaus, Dinklage; „Heimatblätter“ Schriftleiter: Dr. Averdarm, Dythe bei Bechta.

Nr. 134

Anzeigenannahme in Oldenburg:
F. Böttner, Handelshof, Telefon 1354.
W. Wörmann, Bergstr. 5, Telefon 1835.

Bechta, Donnerstag, den 14. Juni 1923.

Anzeigenannahme in Osnabrück:
F. Wittbold, Mittelstr. 4a, Tel. 139.
Ed. Roslag, Marktstr. 49, Tel. 1676.

90. Jahrg.

Kein Ausgleich unter den Alliierten möglich?

Die Pariser Presse zur Stellungnahme des britischen Kabinetts. — Lord Curzons Verhandlungen mit den alliierten Botschaftern in London.

Das Pariser Echo.

WTB. Paris, 12. Juni. Zur Entscheidung des britischen Kabinetts schreibt „Petit Parisien“, daß dieses beklagenswerte Ergebnis zwischen Brüssel und London wohl nicht völlig unerwartet komme, es würde vielleicht jedoch noch möglich sein, den Meinungsunterschied mit England fortzusetzen und ein Mittel zu finden, die Erörterung über den britischen Plan wieder aufzunehmen.

„Petit Parisien“ schreibt, daß in der Frage des passiven Widerstandes Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich herrschen und daß es zu nichts führen würde, sich die ersten Schwierigkeiten eines Übereinkommens zu verborgen.

Nach dem „Echo de Paris“ sind für Frankreich im Augenblick nicht mehr oder weniger bestimmte Ziffern das wichtigste, sondern es ist das System der Bürgschaften. „Echo de Paris“ schreibt weiter: Das System der Bürgschaften sichert unseren Forderungen endlich einen realen Wert. Dieses System wegen halten wir uns mühselig seit 5 Monaten im befehten Gebiet. Wir werden erst unser Werk beenden haben, wenn alle Waffen gestrichelt sind, über die die deutsche Regierung gegen uns verfügt. Das ist der Sinn der Entschliebung, die das Komminiqué von Brüssel enthält. Die britische Regierung verlangt von uns heute, diese Verhandlungsbasis zu verlassen. Sie fordert zu internationalen Verhandlungen auf, in die durch die Logik der Tatsachen die Deutschen bald eingeführt würden. Sie verlangt von uns, mit dem Deutschen Reich durch einen leichten Umweg Verhandlungen aufzunehmen, von denen wir nichts wissen wollen, ehe der Gegner kapituliert hat. Anscheinend wollen also die Engländer, daß die Regelung nicht beeinflusst wird durch einen Zustand, der an dem Tag im Ruhegebiet bestanden wird, an dem unsere Sache dort endgültig gesiegt haben wird. Wir müssen also notwendigerweise daraus schließen, daß die Stunde, die die französisch-belgische und die britische Politik in einer gemeinsamen Formel vereinigt, noch nicht geschlagen hat.

Der „Matin“ jagte, das Kabinett Baldwin weigere sich, eine Erklärung abzugeben, die eine Zustimmung nicht zur Okkupation bedeuten würde, sondern nur den Wunsch klar ausdrücken würde, die Sache der Alliierten, wie sie durch die französisch-belgische Armee repräsentiert würde, triumphieren zu sehen. Das sei jedoch keine Erniedrigung. Es sei gut, daß man meine, daß Frankreich sehr weit entgegengekommen sei. Das britische Kabinett habe vergessen, daß England sich von Frankreich im Januar getrennt habe, also den ersten Schritt hätte unternehmen müssen, um es wieder zu finden. Wenn Großbritannien darauf bestehe, Deutschland zu ermutigen und den Widerstand Deutschlands für berechtigt zu erklären, dann dürfe es sich über die Folgen eines Wirtschaftskampfes nicht wundern, den auch Frankreich entschlossen sei, zum guten Ende durchzuführen.

Kein Ausgleich?

WTB. London, 12. Juni. Ueber die gestrigen Beratungen Curzons mit den Botschaftern Frankreichs, Belgiens und Italiens vernimmt der stets sehr gut unterrichtete diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ die eingehendste Darstellung, die auch in ihrem Pessimismus von den zuverlässlichen Ausführungen der meisten übrigen Blätter abweicht. Der Mitarbeiter schreibt: Das Ergebnis dieser verschiedenen, die Ruhr- und Wiederherstellungsfrage betreffenden Schritte sei, daß die Aussichten für eine interalliierte Vereinbarung — von einem gemeinsamen Abkommen der alliierten Regierungen gegenüber Deutschland gar nicht zu sprechen — zugegebener Weise noch weiter entfernt seien, als sogar von den Stellen, die sich niemals einem unangebrachten Optimismus in dieser Frage hingeeben hätten, erwartet worden sei. Poincarés Standpunkt, wie er von dem französischen Botschafter in London, Grafen St. Aulaire gestern Curzon unterbreitet worden sei, habe die geringe Aussicht darauf, daß die Ansichten Großbritanniens und Frankreichs je miteinander veröhnt werden, verschlechtert. Auf britischer Seite sei man offen bestürzt gewesen über das noch nicht dagewesene Maß von Unnachgiebigkeit, und man habe dies auch nicht verheimlicht. Der französische Botschafter habe namens seiner Regierung nicht nur darauf bestanden, daß die Einstellung des pas-

siven Widerstandes durch Deutschland die Bedingung für jegliche Verhandlungen selbst unter den Alliierten sein müsse, sondern auch darauf, daß Großbritannien, wenn es mit Frankreich und Belgien bei der Aufforderung an die deutsche Regierung, alle darauf bezüglichen Verfügungen zurückzunehmen, mitwirken will und Frankreich keinerlei Zugeständnisse, Bedingungen oder Zusagen verlangen könne, mit andern Worten, es könne keinen Ausgleich geben. Die französische Regierung würde, abgesehen von der Zurückziehung der Verfügungen, die den passiven Widerstand ermutigen oder vorschreiben, von Berlin die Zurückziehung der Verfügungen fordern, die Beamte oder andere Persönlichkeiten mit Strafen bedrohen, welche dem Ersuchen der französischen Behörde um Unterstützung nachgegeben sind. Ferner soll eine Amnestie für derartige Personen verlangt werden, sowie Garantien, daß in Zukunft die staatlichen und privaten örtlichen Behörden mit den zivilen und militärischen Befehlsbehörden zusammenwirken. Die jüngste Rede des Reichskanzlers müsse nach Ansicht Poincarés besonders hervorgehoben werden. Außerdem sei die französisch-belgische Entscheidung über die allmähliche Räumung entsprechend den deutschen Zahlungen erwähnt worden. Schließlich wies der französische Botschafter darauf hin, daß Frankreich nicht ein Jota von seinen Ansprüchen aufgeben könne und werde, sei es mit Bezug auf seinen 26-Milliarden-Anteil auf die A- und B-Bonds des Zahlungsplans von 1921, oder mit Bezug auf eine Ermäßigung seines Anteils an den C-Bonds im Verhältnis zu einer Ermäßigung seiner Schulden an Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Diese Ansprüche seien in dem Januarplan Poincarés gestellt worden, der als die vereinbarte Grundlage der Erörterungen dienen müsse unter Einschluß aller übrigen Memoranden als auch deutscher Noten. Dem Berichtserfasser zufolge habe Curzon auf die geplante internationale Sachverständigenkonferenz Bezug genommen, als einer Körperschaft, die unter der Autorität des Völkerbundes handeln könne. Graf St. Aulaire sei auf diese Frage nicht eingegangen, auch nicht auf die Frage des Moratoriums für Deutschland.

Dem Korrespondenten zufolge seien die vom belgischen Botschafter gemachten Mitteilungen sowohl im Ton als auch im Inhalt etwas abgewichen. Baron Moncheul erklärte, daß er in der Frage der Einstellung des deutschen passiven Widerstandes als Vorbedingung für jede Erörterung mit Frankreich übereinstimme. Er fügte aber hinzu, daß Großbritannien die mit seiner Haltung gegenüber dem Ruhrproblem zusammenhängenden Grundsätze aufrecht erhalte und sich in dieser Frage trotzdem Frankreich und Belgien anschließen könne, und zwar aus rein praktischen Erwägungen heraus. Der belgische Botschafter überreichte hierauf die drei Memoranden, die vor kurzem von den belgischen Sachverständigen über die finanzielle Seite der Wiederherstellungsfrage vorbereitet wurden und die deutschen Eisenbahneinkünfte, die Monopole, die deutschen Industriegewinne und die deutsche Budgetlage betreffen. Der belgische Botschafter drückte die Hoffnung aus, daß dieser technische Bericht von der britischen Regierung und den alliierten Regierungen als ernster Beitrag zur Wiederherstellungsregelung behandelt werde.

England wartet ab.

TU. London, 13. Juni. Wie aus eingeweihten Kreisen mitgeteilt wird, hat das britische Kabinett beschlossen, eine Entscheidung über die Fragen der Wiederherstellung und der Ruhr vorläufig aufzuschieben, bis die Pläne und Ziele Frankreichs vollständig bekannt geworden sind.

TU. London, 13. Juni. Die englische Regierung ist bemüht, eine Verhandlungsformel zu finden. Wie der „Evening Standard“ wissen will, seien alle Bemühungen auf ein Kompromiß gerichtet. Es würde Frankreich nahegelegt, den Charakter der Ruhrbesetzung zu ändern. Wenn die Engländer diese Zusage erhalten, so würde es ihnen nicht unmöglich sein, Deutschland eine Vendeckung seiner Haltung vorzuschlagen, dahingehend, daß Deutschland eine interalliierte Aufsicht im Ruhrgebiet annehme, während Frankreich seine Befähigung unsichtbar machen würde.

Auch Poincaré wartet ab.

× Paris, 13. Juni. Poincaré hat französischen Journalisten erklärt, er könne sich erst dann ein genaues Bild über die Lage machen, wenn aus London offizielle Mitteilungen über das Ergebnis der vorgestrigen Verhandlungen eingelaufen seien. Daß die englische Regierung auf die französische Vorbedingung, von Deutschland die Einstellung des passiven Widerstandes zu verlangen, einzugehen nicht geneigt ist, wird auch hier klar erkannt.

Erklärung Jaspars in der belgischen Kammer.

× Brüssel, 13. Juni. Der Minister des Außenwesens gab in der Kammer eine Erklärung ab, daß das Ruhrgebiet erst nach Erhalt von Garantien geräumt werde. Frankreich und Belgien wollen mit den Alliierten sprechen, aber mit Deutschland erst nach Einstellung des passiven Widerstandes.

Frankreich und Belgien fordern Aufgabe des passiven Widerstandes.

TU. Paris, 13. Juni. Der Brüsseler Berichtserfasser des „Temps“ meldet, daß man in den Kreisen der belgischen Regierung nach den gestrigen Londoner Beschlüssen eine gemeinsame Antwort der Verbündeten an Deutschland für unwahrscheinlich halte, und daß voraussichtlich wie bei der ersten deutschen Note nur Frankreich und Belgien gemeinsam eine Antwort geben werden, in der sie Deutschland zur Einstellung seines passiven Widerstandes auffordern. Stattin wird sich möglicherweise der Note anschließen. In gewissen politischen Kreisen Belgiens ist man der Ansicht, daß, unbeschadet der klaren Haltung, die gegen Deutschland einzunehmen ist, die diplomatischen Verhandlungen mit den Verbündeten fortgeführt werden könnten.

Italien antwortet selbständig?

TU. Rom, 13. Juni. In hiesigen amtlichen Kreisen verlautet, daß die italienische Note auf das deutsche Memorandum am Donnerstag übergeben werden könnte. Sie dürfte besagen, daß die deutsche Note weit hinter dem zurückbleibt, was erwartet werden dürfte. Die italienische Antwortnote werde wahrscheinlich anerkennen, daß die mangelnde Schärfe der deutschen Note einen bedeutenden Fortschritt einer Lösung entgegen bedeute.

Die Gewalt Herrschaft im befehten Gebiet.

Gegenseitige Erschiebung der beiden Franzosen in Dortmund und eine Dirne?

Dortmund, 13. Juni. Ueber den Tod der beiden französischen Adjutanten taucht jetzt eine neue Version auf, wonach sie sich, nachdem sie, wegen eines Frauenzimmers, der „roten Erna“ in Streit geraten waren, gegenseitig erschossen haben. Die „rote Erna“ und zwei andere Personen werden von den Franzosen in Haft gehalten. Ihre Aussagen werden verheimlicht.

Die Nachtverkehrssperre im befehten Gebiet.

TU. Essen, 13. Juni. Der französische Befehl über die Nachtsperre lautet:
In Anbetracht der allgemeinen Lage war der Nachtverkehr zwischen dem befehten Gebiet und dem unbefeheten Deutschland einzelner schneller Fahrzeuge (Automobile, Motorräder, Fahrräder) verboten worden, während der Nachtverkehr für Pferdegepässe und Fußgänger unbehindert blieb. In Anbetracht der Notwendigkeit, eine an der Ostgrenze der unbefeheten Gebiete wirksame Zollüberwachung auszuüben, bestimmt der Kommandierende General der Truppen, daß das Verbot des Nachtverkehrs für Pferdegepässe wieder eingeführt wird, wenn sie mit Waren beladen sind. Diese Entscheidung tritt am 10. 6. 9 Uhr abends in Kraft.

Der Chef des Generalstabes.
gez. Senaire.

Französische Uhrenräuber in Essen.

TU. Essen, 12. Juni. Am 11. Juni, mittags 2 Uhr, erschienen in dem Geschäft der Ww. Behrens in der Altenessenerstraße drei französische Soldaten und wünschten Uhren zum Kauf. Es wurde ihnen eine Armbanduhr, eine gewöhnliche Nickeluhr und eine dazu passende Kette gegeben und der Betrag von 323 000 M. abverlangt. Einer der Soldaten legte einen Hundertmarkschein auf den Tisch, worauf die Drei das Geschäft eiligst verließen. Die Tochter folgte ihnen. Sie wurde mit dem Seitengewehr bedroht.

Französische Soldaten als Kindesräuber.

TU. Essen, 13. Juni. Bei dem in Essen-Reddinghausen bediensteten Bahnsteigschaffner Schloffer erschien gelegentlich der Befehung des Bahnhofes ein französischer Offizier in Begleitung von 5 Soldaten und beschlagnahmte ein Zimmer mit der Erklärung, daß es mit einer Wache belegt werde. Dabei wurde das 5 Jahre alte Söhnchen des Schloffers von den Soldaten mitgenommen, nachdem sie es mit Schokolade beschenkt hatten. Die Rückkehr des Kindes ist bisher noch nicht gemeldet. Es sind Schritte beim Roten Kreuz zur weiteren Verfolgung des Falles eingeleitet.

Demont einer französischen Lügenmeldung.

München, 12. Juni. Petit Parisien brachte vor einigen Tagen die Nachricht, in Landau habe vor einigen Tagen eine Versammlung der Bürgermeister stattgefunden und beschlossen, die Reichsregierung zu erjuchen, den passiven Widerstand einzustellen. Diese Nachricht ist glatt erlogen. Im Gegenteil ist die gesamte Bevölkerung der Pfalz entschlossen, mit Entschiedenheit den passiven Widerstand fortzusetzen.

Der Ueberfall auf die Reichsbankfiliale Dortmund. — 1 Milliarde erbeutet.

TU. Dortmund, 13. Juni. Nach der gestrigen Besetzung der Reichsbank durch die Franzosen sind ungefähr 1 Milliarde Gelder beschlagnahmt worden. Hierauf nahmen die Franzosen die Reichsbankdirektoren Junger, Korig und den Reichsbankkassierer Wier fest. Der Kassierer wurde inzwischen wieder freigelassen. Die Reichsbank ist geschlossen. Die Beamten dürfen das Gebäude nicht betreten.

Verkehrssperren.

TU. Münster, 12. Juni. Angeblich wegen Beschließung französischer Posten wurde gestern Abend auch über den Amtsbezirk Wanne die Verkehrsperre verhängt. Etwa 120 Personen, die in Kenntnis dieser Sperre nach 9 Uhr abends auf der Straße angetroffen wurden, sind bis heute morgen in Haft gehalten worden. Von dem französischen Platzkommandanten ist den Polizeibeamten das Tragen eines Säbels verboten worden. Gestattet ist lediglich eine Pistole. Da außerdem der Größzwang wieder eingeführt wurde, versehen die Beamten ihren Dienst in Zivil. In Herbede raubten französische Soldaten einer Firma Klosterbusch Pferde, die sie später für mehrere Millionen in Bitten verkauften.

Protestnote gegen 1663 Ausweisungen.

TU. Berlin, 13. Juni. Den Regierungen in Paris London und Brüssel ist, wie halbamtlich gemeldet wird, eine weitere Protestnote über die Ausweisung von 1663 Beamten mit ihren Familien aus dem befehten rheinischen Gebiet übergeben worden.

Erschossen. — Der Kohlenraub.

TU. Münster, 13. Juni. In Reddinghausen ist der gestrige Tag ruhig verlaufen. In Essen ist, wie erst jetzt bekannt wird, am 2. Juni der Bergmann Tamagat von einem französischen Offizier in einer Wirtschaft anscheinend infolge des Gekülgelens einiger Betrunkener ohne weiteres erschossen worden. Dabei wurde noch ein Arbeiter leicht, ein anderer schwer verletzt.

TU. Dortmund, 13. Juni. Auf Grund der Verordnung 3 über die Beschlagnahme von Kohlentransporten werden nicht nur Kohlentransporte, sondern auch Transporte von Deputatkolle beschlagnahmt. Dadurch ist in sehr vielen Familien Mangel an Brennstoffen zum Kochen eingetreten. In Hattlingen ist die Not besonders groß, da das städtische Gaswerk infolge Mangels an Brennstoffmaterial mit dem 2. Juni stillgelegt worden ist. In Gelsenkirchen-Schalke-Süd wurde gestern mittag die Zeche Consolidation von den Franzosen besetzt. In Oberhausen sind in der vergangenen Nacht von nicht ermittelten Tätern mehrere Sprengungen vorgenommen worden.

Beschlagnahme des ehemals feindlichen Eigentums in Rumänien beschlossen.

TU. Wien, 13. Juni. Der „Reichspost“ wird aus Bukare gemeldet, daß Kammer und Senat das Gesetz angenommen haben, wonach das Eigentum der ehemals feindlichen Staatsangehörigen in Rumänien für den Staat eingezogen werden soll.

Frauen zur Front für Friedensfreuzzug.

Unter dieser Ueberschrift finden wir in der New Yorker Staatszeitung vom Montag, dem 14. Mai, einen Bericht über den Empfang der beiden deutschen Frauenführerinnen und Abgeordneten Fr. Hedwig Dransfeld und Fr. Helene Weber im Kolpinghaus in New York. Beide Damen waren am Freitag, 11. Mai, auf dem Dampfer „George Washington“ in Amerika angelangt. Mit der Reise bezweckten die genannten Vorkämpferinnen der kath. Frauenorganisationen Deutschlands in der Hauptsache, den Dank deutscher Frauen an ihre amerikanischen Schwestern für die Deutschland in schwerer Zeit erwiesene Hilfe zu überbringen und für engere freundschaftliche Beziehungen zwischen amerikanischen und deutschen Frauenvereinigungen zu wirken.

Zu ihrem Empfange hatten sich Herr Henry Heide, der bekannte große amerikanische Wohltäter, Prof. Dr. Francis Schirp, Präsident der kath. Vereinigungen von New York, Monsignore Schlatter, Frau Josefine Tränkle, Präsidentin der New Yorker kath. Frauenvereinigungen, Frau W. S. von Keppler (Schwägerin des Bischofs von Rotterdam) am Dock in Hoboken eingefunden. Fr. Dransfeld schreibt in einem Briefe vom 15. Mai über ihren und Fr. Webers Empfang in Amerika u. a.:

In Amerika sind wir mit großer Güte und mit einem ungeheuren Aufgehoben von Berichterstattungen empfangen worden. Unsere Ankunft war vorher gemeldet worden. Und so kamen die Herren zum Empfang bis aufs Schiff. Es jagten sich Fragen wie diese: Wie sehen Sie zum Kabinett Cuno? Geben Sie der republikanischen oder der monarchischen Staatsform den Vorzug? Tagelang waren wir dann freilich für Interviews und Photographen. Daneben gab's stets viel Arbeit, es wurden Besuche gemacht, mit Redaktionen verhandelt, mit Organisationen Sühnung genommen, Briefe durch ganz Amerika geschrieben. Unsere erste Versammlung war am Sonntag, unsere zweite, eine Messenversammlung, ist am nächsten Freitag. Dann fahren wir nach Philadelphia, Washington, Atlantic City, Rochester, Albany und weiter an die großen Seen, dann nach St. Paul und St. Louis. Es ist möglich, daß wir auch noch nach St. Franzisko kommen. — Und nun einiges über die Stimmung in Amerika. Es ist nicht daran zu denken, wenigstens jetzt noch nicht, daß Amerika aus dem Volkswillen heraus zu irgend einer Intervention käme. Es gibt hier noch unendlich viel Haß und Verachtung, daneben eisalte Neutralität. Viel besser ist durchweg die Stimmung unter den Deutschen, aber es gibt auch Deutsche, die jeden Amerikaner an Haß und Groll überbieten. Tag und Nacht quält mich der Gedanke: Das Ausland hilft uns nicht. Zu Altona, zu fürstlichen Altona, sind diese Amerikaner bereit, im übrigen aber stehen wir allein.

Ueber das erste Auftreten der beiden deutschen Abgeordneten schreibt die „New Yorker Staatszeitung“:

„Bevor die beiden Damen, die sich beide als glänzende Rednerinnen und als tiefgründige Erforscherinnen der Seele und der Notwendigkeiten des deutschen Volkes in tiefster Not erwiesen, ihre Ausführungen begannen, wurde ihnen durch Prof. Dr. F. M. Schirp, der den Vorsitz führte, die Willkommensgrüße der deutschen Katholiken und durch Frau Josefine Tränkle die Willkommensgrüße der deutschen kath. Frauen Amerikas dargebracht, während Pfarrer Kummel für den deutschen Klerus von New York und Mrs. Schlatter für die kath. Geistlichkeit in Deutschland den Wünschen und Hoffnungen Ausdruck gaben, welche sich an die Missionarstreffen der beiden deutschen Frauen knüpfen.“

In der ersten Versammlung riß Hedwig Dransfeld nach den Berichten der amerikanischen Zeitungen durch ihre von echter und warmer Vaterlandsliebe getragenen Worte von dem in tiefster Not und Demut darniederliegenden deutschen Volke das Publikum zu frenetischem Beifall hin. Während des Krieges, so schloß Fr. Dransfeld, waren es die Männer, welche zur Front gerufen sind. Jetzt ist es Zeit, daß die Frauen zur Front gehen für den Frieden, mit warmen Herzen und mit ausgestreckten Händen. Wir wollen uns als

verantwortlich fühlen für die künftige und bessere Befestigung der Welt in einem Feldzug der Liebe, in welchem uns das Vorbild der Mater Dolorosa als Ideal voranschweben soll. In diesem Sinne müssen wir den Frauenwillen umzusetzen suchen in den Volkswillen für Völkerverständnis und Frieden.

Fr. Helene Weber, die preussische Landtagsabgeordnete und Ministerialrätin im Wohlfahrtsministerium, sprach mit gleicher oratorischer Kunst und Tiefgründigkeit; sie leuchtete mehr „in die dunklen Täler der rauhen Wirklichkeit“ im Leben des deutschen Volkes und gab ein ergreifendes psychologisches Gemälde vom Seelenzustande der deutschen Frau und ihren inneren und äußeren Kämpfen. Sie sprach von der unheilvollen Gefahr der Zerrüttung der heiligen Bande der Familiengemeinschaft, auf die sich der Staat gründet, und von den Folgen, welche diese Gefahr für die Welt und die Menschheit hat.

Es waren köstliche Stunden, welche die katholischen Zuhörer in Amerika erlebten. Möge diese anmutige Tat der beiden deutschen Damen weiter mit Erfolg gekrönt sein, möge sie namentlich dazu beitragen, daß endlich mehr Licht, Klarheit und Wahrheit über Deutschland in der Welt verbreitet wird. Das deutsche Volk kann in seiner Gesamtheit die Arbeit dieser beiden Vertreterinnen der deutschen kath. Frauenwelt nur mit Dank und Anerkennung begleiten.

Die Neuregelung der Beamtengehälter.

Berlin, 12. Juni. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die neunte Ergänzung des Besoldungsgesetzes beraten. Angenommen wurden u. a. folgende Ergänzungen des Besoldungsgesetzes: An Stelle von § 14 Abs. 2 und 3 soll folgender Absatz treten:

Bei Verletzungen sowie Dienstleistungen, die eine Verlegung des dienstlichen Wohnsitzes zur Folge haben, wird der Ortszuschlag vom ersten des auf die Verlegung des dienstlichen Wohnsitzes folgenden Monats nach dem Ortsatz des Verletzungsortes oder Dienstleistungsortes gezahlt. Findet die Verlegung des dienstlichen Wohnsitzes am ersten Werttag des Monats statt, so tritt der Wechsel im Ortsatz schon mit diesem Monat ein.“

Ferner wurde ein Antrag des Abg. Dr. Höfle (Zentr.) angenommen, wonach der § 17 Abs. 2 dahin abgeändert werden soll, daß der Frauenzuschlag nicht nur Witwern, sondern auch Witwen gewährt werden kann, wenn sie für den vollen Unterhalt versorgungsberechtigter Kinder im eigenen Haushalt aufkommen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden folgende Gr u n d g e h ä l t e r bewilligt.

Gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	324 000—432 000 M	357 000—476 000 „	390 000—520 000 „	437 000—582 000 „	494 000—658 000 „	557 000—743 000 „	636 000—848 000 „	730 000—973 000 „	838 000—1 118 000 „	963 000—1 284 000 „	1 115 000—1 487 000 „	1 303 000—1 737 000 „	1 560 000—2 080 000 „

Ortszuschlag:

Monatsbetrag bei einem Grundgehalt bis 387 000 M: Ortskl. A 72 000 M, B 60 000 M, C 52 000 M, D 44 000 M, E 36 000 M; bei einem Grundgehalt über 387 000 M: Ortsklasse A 90 000 M, B 75 000 M, C 65 000 M, D 55 000 M, E 45 000 M; bei einem Grundgehalt über 437 000 M—510 000 M: Ortsklasse A 108 000 M, B 90 000 M, C 78 000 M, D 66 000 M, E 54 000 M; bei einem Grundgehalt über 510—605 000 M: Ortsklasse A 126 000 M, B 105 000 M,

C 91 000 M, D 77 000 M, E 63 000 M; bei einem Grundgehalt über 605 000—838 000 M: Ortskl. A 144 000 M, B 120 000 M, C 104 000 M, D 88 000 M, E 72 000 M; bei einem Grundgehalt über 838 000—1 275 000 M: Ortsklasse A 162 000 M, B 135 000 M, C 117 000 M, D 99 000 M, E 81 000 M; bei einem Grundgehalt über 1 275 000 M: Ortsklasse A: 180 000 M, B 150 000 M, C 130 000 M, D 110 000 M, E 90 000 M.

Die Frauen- und Kinderzuschläge bleiben im wesentlichen unverändert.

Deutsches Reich.

Das Billionendefizit im Reichshaushalt.

Dem Reichstag ist eine Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches in den Rechnungsjahren 1920, 21, 22 und 23 zugegangen. Die Uebersicht ist Anfang Juni dieses Jahres aufgestellt. Im ordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen 1920 rund 58,7 Milliarden Mark, denen Ausgaben in gleicher Höhe gegenüberstanden. Im Rechnungsjahr 1921 ergab sich ein Ueberschuß von 7,2 Milliarden Mark, da den Einnahmen in Höhe von rund 90,7 Milliarden Ausgaben von 83,5 Milliarden gegenüberstanden. Im Jahre 1922 ergab sich ein Fehlbetrag von 131,5 Milliarden M., und im Jahre 1923, bis zur Aufstellung der Uebersicht, ein Fehlbetrag von rund 511,6 Milliarden Mark, da den Einnahmen von 5,6 Billionen Mark Ausgaben von 10,7 Billionen gegenüberstanden. Im außerordentlichen Haushalt ist der Anleihebedarf des Reiches von 123 Milliarden Mark auf 731,1 Milliarden Mark gestiegen. Dazu kommt der Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt von 511,6 Milliarden Mark, jedoch der Anleihebedarf des Reiches für 1924 rund 12,5 Billionen Mark beträgt. Dazu kommt der Gesamtzuschuß und Anleihebedarf beim ordentlichen und außerordentlichen Haushalt der Reichspostverwaltung und Eisenbahnverwaltung in Höhe von 352,1 Milliarden Mark und außerdem rund 173,2 Milliarden Mark in Ausführung des Friedensvertrages.

Gegen die Frankenwährung im Saargebiet.

11. Berlin, 13. Mai. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung an die Regierungskommission des Saargebietes eine Protestnote gegen die dortige Einführung der Frankenwährung gerichtet.

Der Reichstagsausschuß für Sozialpolitik

verhandelte heute den Gesetzentwurf über Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungsordnung. Der Entwurf sieht im wesentlichen eine Neufestsetzung der Höchstversicherungsgrenze, sowie Aenderung der Grundätze für die Anlage des angelegten Vermögens. Zunächst wandte sich die Aussprache den verschiedenen Gehaltsklassen und in Ergänzung hiermit der Frage der wertbeständigen Anlage der Gelder, sowie der Höhe der Beiträge zu. Die Regierungsvorlage sieht 12 Gehaltsklassen vor, die mit einem Jahreseinkommen von 7 000 000 Mark bis 6 264 000 M schließen (monatlich 510 000 bis 522 000 M). Ein sozialdemokratischer Antrag wollte diese Jahresbeträge ändern, daß sie mit 2 160 000 M anfangen und mit 35 640 000 M aufhöhen (monatlich 280 000 bis 2 970 000 M). In der allgemeinen Aussprache drehte es sich hauptsächlich um das Beitragswesen und um die möglichst wertbeständige Vermögensanlage der Versicherungsgelder. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Reichskanzler Cuno in Karlsruhe.

WTB. Karlsruhe, 12. Juni. Reichskanzler Cuno traf gestern abend in Begleitung des Reichswirtschaftsministers Becker, des Staatssekretärs Hamm und des Staatssekretärs Brügger hier ein und hatte Besprechungen mit der badischen Regierung. Beim Staatspräsidenten fand ein Empfang statt. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Präsidenten ergriff der Reichskanzler das Wort.

„Das kann ich mir denken, kleine Hege, aber dem Hans Heinrich kann ich das gut nachempfinden, er hat keine Luft, sich irgend ein Wunderdier anstaunen zu lassen. Du aber möchtest deine neueste Errungenschaft gerne deinen Bekannten vorführen.“

„Du bist abseuflich, Onkel Walter!“ schmolzt Margret. „Wie konnte ich aber auch bei dir auf Verständnis hoffen! Du bist gerade wie Hans Heinrich auch. Er lachte mich einfach aus, als ich ihm sagte, ich habe mich so gekreut, mich auf unferem Feste gerade mit ihm unterhalten zu können.“

„Sie werden andere und bessere Gesellschafter haben als mich, kleine Margret!“ lachte er, „und an mich nicht einmal denken.“ „So abseuflich, als ob ich ihn jemals vergessen könnte.“

Die dunklen Augen füllten sich mit Tränen, der rote Mund zuckte wie im Schmerz.

Seltam, wie es kommt, Elfriede weiß es selbst nicht, ihr fällt plötzlich eine große Ähnlichkeit Margrets mit ihrer Schwester Liesel auf.

Nun weiß sie auch, weshalb Heinz dieses Kind lieb hat, sie bringt ihm die Erinnerung an seine Jugendliebe wieder. Vielleicht hat er aus Margrets Äußerungen erfahren, daß sie hier ist, um ihretwillen meidet er wohl dieses Haus, um ihretwillen kommt er nicht zum Künstlerabend, um ihr, die ja ihre Liebe zu ihm verraten hat, ein demütigendes Wiedersehen zu eriparen. Mit der Mutter wird er reden wollen, ihr wird er es sagen, daß er eine neue Liebe gefunden.

Wie Schuppen fällt es ihr von den Augen, seine letzte Karte sollte ja schon die Vorbereitung sein. Wie schrieb er doch? Ich habe dir ein großes Glück zu verkünden, grüße mir mein blondes Schwesterlein! Ja, als Schwester hat Heinz sie wohl stets betrachtet und sie Lörin hat glauben können, sie könne ihn mehr sein. Nun

Ueber den Zweck seiner Reise führte er aus, daß er sie unternommen habe, um einem langgehegten Wunsch, mit dem Badener Lande in engere Berührung zu kommen, Ausdruck zu geben. Er stehe am Ende einer Reise, die ihn nach Elberfeld, Münster und Heidelberg geführt habe. Aus allen Schichten und an allen Orten sei ihm erklärt worden, daß die Bevölkerung den Abwehrkampf bis zum Ende durchkämpfen wolle. Der Kampf sei spontan aus der Bevölkerung erwachsen. Besonders auf Arbeitnehmerseite habe man klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß das Volk selbst die volle Verantwortung für den Abwehrkampf trage. Zu einem guten Ende dieses Ringens gehört es vor allem, daß Baden, die Pfalz und das ganze Rheinland, überhaupt alle besetzten Gebiete unverfehrt beim Reich und den Ländern bleiben. In dieser Beziehung gebe es für die Reichsregierung, die Landesregierungen und die Bevölkerung keine Konzeptionen und keine Kompromisse. Der Kanzler wies dann darauf hin, daß die Reichsregierung bestrebt sei, den Kampf für alle Kreise der Bevölkerung zu lindern. Der Kampf sei schwer, er werde aber in voller Einigkeit vom ganzen deutschen Volke geführt. In der einen Frage, daß das Reich unverfehrt bleiben müsse, gebe es keine Gegensätze, bei keiner Partei und keiner Wirtschaftsgruppe. Unter dieser Parole ständen Nord und Süd einzig zusammen. Unter dieser Parole werde der große Kampf siegreich zu Ende geführt werden.

Im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen

erfolgte eine Aussprache über die augenblickliche Lage im Wohnungs- und Baumarkt. Auf Anfrage des Abg. Silberstein (S.) führte Geheimrat Glas (Reichsarbeitsministerium) aus, daß man bei der Wohnungsbaubgabe in Hinsicht auf die dauernde Geldentwertung unmöglich mit einer festen Ziffer rechnen könne, sondern daß die Wohnungsbaubgabe gleitend sein müsse. Redner bemerkte, daß bei der großen fortschreitenden Geldentwertung die Fertigstellung der angefangenen Bauten mit den bisherigen Mitteln nicht gesichert würde. Die Regierung würde im neuen Bauprogramm eine Durchführung versuchen, daß sie eine Aenderung des Wohnungsbaubabegesetzes einbringen wird, wonach die Wohnungsbaubgabe nicht mehr nach einem festen Prozentsatz berechnet wird, sondern nach den Vorschriften des jeweiligen Anstaltsaufschlages. Die Lasten, daß die Mieten jetzt so verhältnismäßig gering sind (im Vergleich zur Goldparität), dient weder dem Vermieter noch dem Mieter. Sie verschärfen lediglich die Wohnungsnot. Den Nutzen davon hat nur die Industrie, die dementsprechend geringe Löhne gezahlt hat. Früher hat der Arbeiter 20 Prozent seines Einkommens für seine Wohnung ausgeben müssen. Einen annähernden Satz von 10 Prozent müsse man eben in die neue Lohnpolitik der Wohnungsausgabe einfaktulieren. Dann könnten auch die Mieten wieder auf gesunder Basis gestellt werden, ohne daß es im Grunde die Mieter trifft. Für den Mittelstand müsse außerdem durch staatliche Fürsorge gefordert werden. Ein Vertreter Preußens hielt die Aufhebung der Zwangsverpflichtung im Wohnungswesen für die nächste Zeit für unmöglich.

Steuererhöhung.

Berlin, 12. Juni. Die Gesetzentwürfe, die eine Erhöhung der Leuchtmittelsteuer, der Salzsteuer, der Zuckersteuer u. der Zündwarensteuer vorsehen, liegen nunmehr dem Reichstag zur Beschlussfassung vor. Die Leuchtmittelsteuer wird auf 20 Proz. erhöht. Das Jahreseinkommen wie das Jahresaufkommen wird auf nahezu 45 Milliarden Mark veranschlagt. Die Salzsteuer wird auf 10 M für das Kilogramm Reingewinn des Salzes erhöht. Der Ertrag der Erhöhung wird auf mindestens 13 Milliarden Mark geschätzt. Die Zuckersteuer beträgt bei Stärkezucker 12 000 M und bei anderem Zucker 30 000 M pro Doppelzentner Reingewinn.

kann sie aber dem Künstlerabend ruhig entgegensehen, Heinz wird ja nicht da sein. Unumstößlich fest aber steht ihr Entschluß, sich der Kunst zu widmen, sie wird sich von diesem Entschluß nicht mehr abbringen lassen.

IX.

Heinz hat sich in der Heimat. Rüstig schreitet er über staubige Landstraßen, die von dem etwas weiter gelegenen Städtchen zum Dorfe hinaus führen, hinan, mit leuchtenden Augen umfacht er das herrliche Landschaftsbild, das sich ihm bietet. Saftgrüne Wiesen, auf denen buntschwedige Rinderherden weiden, wechseln mit üppigen Kornfeldern ab, zwischen das lichte Laub der Eichen und Buchen drängt sich die ernste dunkle Nadel der Fichten und Föhren. Klar wölbt sich die blaue Himmelstüppe über der rauhen Landschaft, klar ist die Luft wie geschliffenes Glas. Noch eine Wegebiegung und sein Heimatdorf liegt vor ihm, so traulich, friedlich im goldenen Abendrot. Aus dem dunklen Föhrenbusch hebt sich das einsame, weiße Kreuz am Wege leuchtend hervor, dasselbe Kreuz, vor dem Heinz einstmals in tödlicher Verzweiflung gekniet, habend mit Gott und der Welt, damals als ihm sein Bruder kalten Blutes erklärte: „Liesel Gehring ist meine Braut.“

Heinz bleibt stehen, ein Lächeln spielt um seine Lippen, sein dankbarer Blick wendet sich zum Kreuz empor.

„Du hast das verrückte Schicksal doch nicht im Abgrund versinken lassen. Dank sei dir dafür, Dank auch dem lichten, reinen Engel, der mich gehalten durch dein Gebet und deine Liebe. Dank auch dir, du gute Mutter Liesel, die du nicht den geringsten Anteil hast.“

(Fortsetzung folgt.)

„Heimgelunden.“

Novelle von Maria Harling.

Fortsetzung.

Auch der Frau Präsidentin Treugott und Professor Treugott fällt das veränderte Aussehen Elfriedens auf und Professor Treugott, der eigentlich Damen gegenüber von einer fast übertriebenen Zurückhaltung ist, wagt es endlich Elfriede über die Ursache ihrer augenscheinlichen Mißstimmung zu befragen.

Elfriede ist zuerst erschrocken über die Frage des Professors, doch dann faßt sie sich ein Herz. Vielleicht, ach vielleicht kann Walter Treugott ihr helfen.

Sie erzählt ihm von Wehrungs Anerbieten, auch von der anfänglichen Weigerung der Mutter, dann von Frau von Höchstens Urteil.

Walter Treugott blickt nachdenklich vor sich hin, dann blickt auch er prüfend in Elfriedens Gesicht.

„Meine Schwester hat nicht unrecht, Fräulein Elfriede und Ihre Mutter kann ich nur zu gut verstehen. Der Beruf, dem Sie sich zu eigen geben wollen, beansprucht unsere ganze, ungeteilte Kraft und Liebe, eine Zerspaltung gibt es nicht, wollen wir zum Gipfel der Kunst hinaufsteigen und nicht unten im Schatten des Dilettantismus versinken. Trotzdem hat meine Schwester kein Recht, Ihnen ob Ihres geäußerten Wunsches gram zu sein. Jeder Mensch hat das Recht, sich sein Leben nach seiner eigenen Individualität zu gestalten. Wohl haben Eltern und Borgesehlt das Recht und die Pflicht, kraft ihrer besseren Einsicht dem jungen Menschenkind zu raten, aber letzten Endes müssen sie ihm volle Handlungsfreiheit lassen, denn jeder muß sein eige-

nes Leben ausleben. Das ist meine Ansicht; freilich will ich nicht behaupten, daß sie immer und in jedem Falle das Rechte trifft; in Ihrem Falle aber glaube ich, würde sie nicht das Unrechte treffen. Meine Mutter wird in einigen Tagen einen Künstlerabend geben, an dem auch Dohren teilnehmen wird. Ich werde sorgen, daß Sie sich ungestört mit ihm besprechen können. Offenbaren Sie ihm dann ruhig alle Ihre Bedenken, wie Sie es mir getan, er ist ein anfänglicher Charakter, er wird Ihnen nicht zusprechen, wenn er fühlt, daß die Kunst Ihr Leben nicht auszufüllen vermag. Dann aber, Fräulein Elfriede, wenn auch Dohren der Ansicht ist, daß Sie zur Künstlerin nicht passen, dann raffen Sie sich mutig auf, trauern Sie nicht schimärenhaften Träumen nach, die Wirklichkeit bietet einem jungen, strebenden Geist so viele Straßen, auf denen er zu einem Ziele kommen kann. Es wäre schade um Sie, wenn Sie Ihre jugendliche Kraft um Nichtigkeiten halber verzerren wollten.“

Nach dieser Aussprache mit dem Professor ist Elfriede ruhiger geworden. Zwar liegt der Gedanke, daß sie auf dem Künstlerfest auch Heinz treffen wird, noch wie ein Druck auf ihrer Seele, aber sie sucht sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß sie doch einmal ihm wieder gegenüber treten muß. Doch ist es, als ob das Schicksal ihr jetzt jedes Hindernis, das einer Aussprache mit dem Konzertmeister im Wege steht, hinwegräumt will.

Wenige Tage vor dem Künstlerfest kommt Margret mit sehr niedergeschlagener Miene zu Tisch.

„Denke dir doch, Onkel Walter, wie abseuflich dein Hans Heinrich ist. Er will heute abend fortfahren in seine Heimat, gerade vor unserem Feste. Ich hatte mich so gekreut auf diesen Abend, nun ist alle meine Freude dahin.“ Professor Treugott lacht.

Die Zündwarensteuer wird auf 20 Prozent erhöht und der Ertrag auf rund 27 Milliarden Mark geschätzt.

Die Postgebühren.

Berlin, 12. Juni. Der Gesetzentwurf betr. die Post- und Telegraphengebühren liegt nunmehr dem Reichstag zur Beschlussfassung vor. Entgegen der ursprünglichen Vorlage sieht der Entwurf gegenüber den zur Zeit geltenden Gebührenhöhen im Durchschnitt bei den Postgebühren eine Verdreifachung und bei den Fernspreckgebühren eine Verhundertfachung vor. Die Postkarte soll nach der neuen Vorlage im Ortsverkehr 60 M., im Fernverkehr 120 M., der Ortsbrief in der niedrigsten Gewichtsklasse 120 und der Fernbrief 300 M. betragen. Die Zeitungsgebühren sind nur unwesentlich erhöht, sie sind lediglich nach oben auf die volle Mark abgerundet.

Die Behandlung der Deutschen in Polen.

Berlin, 12. Juni. Eine Interpellation der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei fordert von der Reichsregierung Auskunft, welche Schritte sie zu tun beabsichtigt, um die Polen zu einer vertragsmäßigen Behandlung der auf seinem Boden vorhandenen deutschen Reichsangehörigen und für Achtung der deutschen Bevölkerung in Polen zu veranlassen.

Eine Devisenzentrale.

Berlin, 12. Juni. Heute fand eine Besprechung im Reichsfinanzministerium statt, an der außer dem Reichsfinanzminister eine Anzahl von geladenen Bankiers teilnahm. Im Laufe dieser Besprechung wurde auch die Frage der Errichtung einer Devisenzentrale in die Erörterung gezogen. Irrendeine Festlegung ist nicht erfolgt, noch weniger eine Entscheidung. Eine solche Entscheidung war schon deshalb ausgeschlossen, weil die Devisenzentrale zur Zuständigkeit des Reichswirtschaftsministers gehört.

Die Zustände in Sachsen.

Berlin, 12. Juni. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die sich gegen das verfassungswidrige Verhalten des sächsischen Kultusministeriums in Schulfragen richtet. Die Zentrumsfraktion fragt die Reichsregierung, was sie zu tun gedenkt, um die wiederholten Verletzungen der Reichsverfassung durch Verordnung der sächsischen Regierung zu beseitigen und ähnliche Eingriffe in der Zukunft zu verhindern.

Verschiedene Nachrichten.

Eine neue bulgarische Regierung unter Alexandrow.

U. Belgrad, 12. Juni. Heute in der Mittagsstunde eingetroffene Meldungen besagen, daß das Kabinett Zandow seine Demission gegeben hat. Es soll bereits eine neue Regierung unter dem Vorsitz des mazedonischen Bandenführers Alexandrow gebildet sein. Die mazedonischen Komitatits haben den Vormarsch nach Sofia angetreten, um der neuen Regierung gegen Angriffe der Bauern Schutz zu bieten.

Einigung zwischen Danzig und Polen.

U. Danzig, 12. Juni. Der Kommissar des Völkerbundes hat in der zwischen Polen und Danzig bestehenden Streitfrage betr. die Polizeigewalt im Danziger Hafen zugunsten Danzigs entschieden. Damit wird, da Danzig für Ruhe und Ordnung im Gebiete der Freistadt verantwortlich ist, auch der Schutz des Hafens ihm übertragen.

Lloyd George.

WTB. London, 11. Juni. Lloyd George erklärte gestern in einer Rede, zwei neue Elfsch-Lothringen seien in den letzten Wochen geschaffen worden: im Osten habe Polen ohne Berechnung Wilna angetreten, und was habe sich jenseits des Rheines ereignet? Ein Angebot sei erfolgt, eine Frage einem unparteiischen Tribunal zu unterbreiten. Werde es angenommen oder würden Frankreich und Belgien erklären: „Nein! Wir haben die Macht, warum sollen wir uns einem Tribunal unterwerfen. Wir haben ein Heer, wir haben Kanonen — laßt sie entscheiden!“ Lloyd George schloß, wenn nicht eine neue Gesinnung in der Welt entstehe, so verweise er an der Zukunft der Zivilisation.

Landespolitik.

Die Wahlen zum odenburgischen Landtag.

Der Ausfall der Landtagswahlen am 10. Juni ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Allgemein betrachtet ist eine Stärkung des rechten und linken Flügels eingetreten. Die Deutsch-Nationalen, die bisher nur ein Mandat (Wibbe) besaßen, werden in den neuen Landtag drei Abgeordnete, darunter 2 aus dem Landesteil Oldenburg, schicken. Ebenfalls ziehen die Kommunisten mit 2 Abgeordneten in den Landtag ein, während sie bisher einen hatten, für den jedoch das graue Haus an den Dobbenteichen nicht existierte, denn er war stets abwesend.

Für das Zentrum darf der Ausfall der Wahl ohne Uebertreibung als ein Sieg angeprochen werden. Von links und rechts waren Maurer- und Arbeiter, den Zentrumsstimmern Wanken zu bringen; der Ausfall der Wahl zeigt, wie vergeblich diese Bemühungen gewesen sind. Die Zentrumswählererschaft darf mit Freude den Ausfall der Wahl betrachten, die odenburgische Zentrumstreue hat einem Ansturm getrotzt, wie es bisher nicht erlebt wurde. Unsere Gegner werden heute in dieser Hinsicht mit dem Dichter sprechen können: Ein großer Aufwand schmählich ward

verwandelt. Wir hoffen, daß sie für sich eine Lehre daraus ziehen. Mancherlei Hoffnungen sind begabten worden am 10. Juni, und sie dürfen nicht wieder aufsteigen. (Auf den Wahlkampf und die Wahl im Münsterlande wird noch eingehend zu sprechen sein).

Die deutsche Volkspartei, die durch ihre Laiung im Landtage letzten Endes die Wahlen erzwingen wird mit recht gemischten Gefühlen auf den Ausfall schauen. Besonders schmerzvoll wird für sie ihr Fiasko im Münsterlande sein. Es liegt wohl fest, daß die deutsche Volkspartei mit großen Hoffnungen in den Wahlkampf zog. Sie haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil. Innerhalb der deutschen Volkspartei ist eine weitere Rechtsentwicklung eingetreten, die den Deutsch-Nationalen zugute kam. Diese Verluste konnte die deutsche Volkspartei nicht ausweihen durch Stimmenzuwachs von der anderen Seite. Wir hoffen, daß der Ausfall der Wahl der deutschen Volkspartei die Erkenntnis gebracht hat, daß eine Oppositionspartei nicht immer der gewinnende Teil ist und daß der Ausfall der Wahl ihre bisher recht jaghafte Bereitwilligkeit zu positiver Mitarbeit verflüchtigt hat.

Den Demokraten brachte die Landtagswahl einen Erfolg. Das steht außer Zweifel. Sie konnten zu ihren bisherigen sieben Mandaten noch zwei dazu gewinnen. Wohl außer Zweifel steht ferner, daß die Demokraten ihren Erfolg im wesentlichen der Person und der Tätigkeit ihres früheren Ministerpräsidenten zu verdanken haben, nicht im wesentlichen der Zugkraft ihres Programms. Zu ihrem Erfolge beigetragen hat auch die Haltung des Oldenburger Landbundes.

Die Vereinigte Sozialdemokratie muß erhebliche Verluste verzeichnen. Die Aktion der Bäckergruppe, die selbst kein Mandat erhielt, brachte die Sozialdemokratie um ein Mandat. An die Kommunisten verloren die Sozialdemokraten ebenfalls ein Mandat, ebenso an die Demokraten. Die gesamte Sozialdemokratie verfügte im alten Landtage über insgesamt 16 Sitze, im neuen hat sie deren nur 14.

Die Extreme von links und rechts ziehen gefährt in den Landtag ein. Die Deutsch-Nationalen haben sich im wesentlichen auf Kosten der Deutschen Volkspartei gestärkt. Es dürfte fraglich sein, daß sich im neuen Landtag die drei Deutsch-Nationalen ohne weiteres als Hospitanten der deutschen Volkspartei gezählt werden wollen; vielleicht werden wir deshalb nächstens auch selbständige deutsch-nationale Politik im oldenburgischen Landtage erleben können. — Daß auch die Kommunisten nicht versäumen werden, zu jeder Gelegenheit ihr bekanntes kräftiges Sprüchlein abzuleiern, versteht sich. Sie haben der Sozialdemokratie fast 10 000 Stimmen abgenommen und nur wenige hundert Stimmen fehlen ihnen an dem dritten Mandat. Vom allgemeinen politischen Standpunkt betrachtet ein bedenkliches Zeichen.

Ueber die Ermittlung der Mandate sei noch bemerkt, daß der Quotient 4100 war. Es existiert also auf 4100 Stimmen ein Mandat. Es verblieben Reststimmen: Zentrum 3410 (es fehlten also dem Zentrum an dem 10. Mandat nur 700 Stimmen), Demokraten 3265, Volkspartei 2810, Sozialdemokraten 185, Deutsch-Nationale 1284, Kommunisten 3615.

Die Kollekte für das Waisenhaus in Damme.

Infolge der bitteren Not, in der sich unser Waisenhaus mit seinen nahezu 200 Zöglingen wegen der fast ins Unendliche gestiegenen Preise befindet, hat sich die kirchliche Behörde veranlaßt gesehen, für den kommenden Sonntag eine Kirchenkollekte zum Besten des Hauses anzuordnen.

Schon jetzt betragen allein die Ausgaben für Brot monatlich 750 000 M., und da jetzt der Brotpreis sogar um das Dreifache erhöht worden ist, steigen sich auch die monatlichen Ausgaben für Brot ebenfalls um das Dreifache, betragen also pro Monat über 2 Millionen Mark. Das ist für das Haus eine geradezu unerschwingliche Summe. Dazu kommt noch der Ankauf von verschiedenen unentbehrlichen Nahrungsmitteln, die zur Gemeinbereinigung nötig sind, und deren Preis ebenfalls fast ins Unermessliche gestiegen ist. Woher sollen die genanteten Summen dafür genommen werden? Alles muß gekauft werden, allein die Kartoffeln ausgenommen, die im verfloßenen Herbst in der Umgegend von Damme gesammelt und jetzt noch in ausreichender Menge vorhanden sind.

Auch die Bekleidung der Kinder erfordert bedeutende Kosten, schon allein die Ausgaben für Schuhe und Strümpfe, Holzschuhe nicht ausgenommen, beziffern sich auf eine ganz bedeutende Summe.

So sind alle Ausgaben des Hauses aufs höchste gestiegen und betragen zusammen viele Millionen Mark. An den Ankauf von Kohlen mit ihren ins Ungemessene gestiegenen Preisen für den Winterbedarf kann demnächst gar nicht gedacht werden, weil dafür die Mittel vollständig fehlen. Doch hoffentlich werden die Moorbesitzer der näheren Umgebung des Hauses dieses im kommenden Winter mit Brennmaterial unterstützen. Wie milddätige Herzen die Waisenkinder bisher nicht haben hungern lassen, werden unsere Moorbesitzer sie im Winter auch sicher nicht frieren lassen.

Unglücklicherweise fällt in diese äußerst bedrängnisvolle Zeit auch noch eine Reparatur des Hauses, die nicht mehr hinausgeschoben werden kann, weil das Dach und auch die Fenster an der Wetterseite schadhaft geworden sind. Daß die Kosten dieser Reparatur auch eine bedeutende Summe verschlingen werden, braucht wohl kaum erwähnt zu werden.

Diesen vorstehend aufgeführten gewaltigen Ausgaben stehen nur verhältnismäßig geringe feste Einnahmen gegenüber, nämlich das für die Zöglinge entrichtete Pflegegeld, welches für die Zeit jetzt nur sehr mäßig bemessen ist. Leider kann dieses aber nicht einmal für alle Kinder gezahlt werden, so daß ein Drittel derselben ohne Vergütung im Waisenhaus verpflegt werden muß. Dadurch entzieht allerdings ein ziemlich starker Ausfall an Einnahmen; sollen aber diese Kinder gerettet werden, so bietet das Waisenhaus allein eine sichere Zufluchtsstätte.

Wohlan denn, Ihr Katholiken Oldenburgs, besonders Ihr des Münsterlandes, zeigt am nächsten Sonntag, daß Ihr ein Herz habt für arme und verlassene Waisenkinder, die zugleich Kinder unseres engeren Vaterlandes sind. Bei allen Festlichkeiten zeigen die gewaltigen Einnahmen, daß Geld im Ueberfluß vorhanden ist, da wird doch sicher ein Almosen für wirklich arme Kinder übrig sein. Der göttliche Kinderfreund wird es lohnen, und den guten Schwestern wird eine schwere Sorge vom Herzen genommen.

Damme.

Prüllage.

Aus dem Münsterlande.

Bestia, 13. Juni.

— Die lieblichen Töne der bekannten Revellé weckten heute morgen um 6 Uhr die Bürger aus der Nachtruhe. Die Gymnasialkapelle kündete das Patronatsfest des Gymnasiums und Seminars an.

— Gymnasium und Seminar feierten heute ihr Patronatsfest (St. Antonius) in althergebrachter Weise. Morgens war Prozession zur Klosterkirche, wo ein feierliches Levitenhochamt mit Festpredigt gehalten wurde. Bei dem Gottesdienst und in der Antonius-Andacht am Nachmittag wurden die alten so ungemein anprechenden Antoniuslieder gesungen. Die Gymnasialkapelle begleitete die Pieder bei der Prozession. Am Nachmittag finden Ausflüge statt; das Gymnasium geht, wie wir hören, nach Welppe, während das Seminar einen Spaziergang nach Lohne macht. Leider ist das Wetter nicht besonders günstig.

— Die Preise für Siegeleierzeugnisse betragen für je 1000 Tonsleine Oldenburger Format 215 bis 230 000 M., Hamburger Format 236—253 000 M., Normalformat und Ralfandsteine 279 bis 299 000 M., für säurefeste Klinker je 1000 Stück 253—303 000 M., für Straßenklinker 260 bis 350 000 M., für Dachziegel 415—495 000 M., je 1000 Stück. Unter Umständen tritt noch ein Aufschlag von 8 Prozent hinzu.

— Zentrumsparthei. Die Wahlschlacht ist geschlagen. Der Sieg ist unser dank der unerschütterlichen Treue unserer Wählerinnen und Wähler. Wir sind herzlich froh darüber. Nun gilt es, die entstandenen Wahlkosten zu bestreiten. Einige freiwillige Spenden sind bereits eingegangen. Wir bitten dringend um weitere Gaben. Vor allem müssen umgehend die noch rückständigen Parteibeiträge und die eingegangenen freiwilligen Geldebeträge eingeliefert werden. Von uns wird sofortige Begleichung der entstandenen Kosten für Drucksachen usw., die von der Hauptkassa bestritten werden, verlangt.

© Hemmelt, 11. Juni. Die gestrige Wahl hatte folgendes Ergebnis: Wahlberechtigte waren in Hemmelt und Suhle, unserem Wahlbezirk, 410. Davon haben 356 ihr Wahlrecht ausgeübt. Davon entfielen auf Dröver 326, Dannemann 19, Tanßen 4, Reimer 4, Hug 1, ungültig 2. Besonders hinstreichend zum Stimmeneingang scheinen die Kommunisten dieses Mal gemacht zu haben. Am ganzen Tage arbeiteten hier drei Vertreter aus Osnabrück, überall wurden Aufrufe angeklebt, Stimmzettel lagen überall auf den Wegen herum, bis gegen 4 Uhr hielten sich diese Herren im Wahllokal auf, um Bauern zu fangen. Und dabei das Resultat: vier ganze Stimmzettel erreichten aus Versehen die Wahlurne. Nach Aussage dieser Herren bekam jeder für den Tag aus der Parteikasse 150 000 M., d. i. in Summa 450 000 M. Somit kostet der Partei jede Stimme 112 500 M. Man sieht also, wie heutzutage die Stimmen bewertet werden müssen.

?! Cloppenburg, 12. Juni. In der Generalversammlung der I. a. n. d. M. V. e. i. n. e. s. d. e. r. T. i. e. r. s. c. h. a. u. b. e. z. i. r. s. Cloppenburg wurden die Mitglieder der Tierchaukommission und des Preisrichterlegiums wieder- und die Herren B. Wendeler (Garrel) und Willenborg (Pfehm) neu in die Kommission gewählt, so daß jetzt alle Gemeinden des Bezirks in der Kommission vertreten sind. Auch in den Unterkommissionen wurden die alten Mitglieder wiedergewählt. Der Preis für das Aktienlos wurde auf 8000 M. festgesetzt. Für Anschaffung von Verlosungsgegenständen wurden 2 Millionen Mark bewilligt.

* Cloppenburg, 13. Juni. Zum 1. Juli wird eine Zwangsinnung für die selbständigen Maurer und Zimmerer des alten Amtsbezirks Cloppenburg mit dem Sitz der Innung in Cloppenburg und dem Namen „Maurer- und Zimmerer-Zwangsinnung für den alten Amtsbezirk Cloppenburg“ errichtet. Vom 1. Juli 1923 an gehören alle selbständigen Maurer und Zimmerer, welche im Innungsbezirk wohnen, dieser Innung an.

Aus dem Norden.

Oldenburg, 13. Juni.

(—) Schwere Unfall. Der auf der Oldenburger Schiffswerft beschäftigte Arbeiter Joost verunglückte am Sonnabend schwer. Ihm fuhr eine Lore über den Körper. Der Bedauernswerte erlitt einen schweren Beinbruch und wurde dem Amtsverbandskrankenhaus zugeführt.

(—) Eine Fischotter von großem Körpermaß wurde in Lungen mittels eines Schlagsiebs in der Hunte gefangen. Der Fischräuber hatte eine Länge von mehr als einem Meter. Es scheint sich um ein sehr stattliches Tier zu handeln, denn im Oberkiefer fehlten schon eine Anzahl Zähne. Von Sportanglern waren schon jahrelang an der oberen Hunte riesige Fupfabrüde bemerkt worden, die auf ein großes Exemplar schließen ließen. Mit dem Eifen schien es auch des öfteren Bekanntheit gemacht zu haben, wie einige Narben an den Vorderfüßen zeigten.

Handel und Wirtschaft.

Berlin, 12. Juni. Amtliche Devisenkurse.

Telegraph. Auszahlungen	Geld	Heute	Wrief	Bar. Not.	Friedensm.
Holland 1 fl.	32718,-	32882,-	31625,50	31779,50	1,687
Belgien 1 fr.	4673,-	4697,-	4413,50	4436,50	0,81
Dänemark 1 kr.	14736,-	14837,-	14384,-	14436,-	1,125
Schweden 1 kr.	22244,-	22356,-	21296,50	21403,50	1,125
Italien 1 lire	3925,-	3945,-	3780,50	3749,50	0,81
Engl. 1 Pf. St.	384037,-	385983,-	371568,-	373432,-	20,40
Ver. Staat 1 \$	84039,-	84401,-	80548,-	80952,-	4,20
Frankreich 1 fr.	5416,-	5444,-	5192,-	5188,-	0,81
Schweiz 1 fr.	15122,-	15198,-	14463,50	14536,50	0,81
Spanien 1 pes.	12988,-	12732,-	12119,50	12180,50	0,81
Bl.-Deut. 100 R.	122,59	123,31	119,20	116,80	85,05

Berliner Getreidemarkt am 12. Juni: Weizen märkischer 143 bis 146 000 rubig. Roggen, märkischer 118 bis 119 000 rubig. Sommergerste 100 bis 107 000 rubig. Hafer märkischer 94 bis 96 000, pommerischer 92 bis 94 000 rubig. Mais ohne Bron. Angabe ab Berlin 104 bis 112 000 behauptet. Weizenmehl 390 bis 430 000 rubig. Roggenmehl 290 bis 325 000 rubig. Weizenkleie 61 000 stetig. Roggenkleie 61 000 stetig.

Bremer Getreidenotierungen, 12. Juni. (Mitgeteilt von der Firma Plump u. Heye.) Gegen 6 Uhr abends wurden heute notiert (nicht amtlich) und zwar Lieferung prompt, soweit nicht anders angegeben: Königsberger Weizen per Juni 000 000 M., amer. Manitoba-Weizen p. Mai-Juni-261. 230 bis 240 000 M., inl. Roggen prompt 140—145 000 M., p. Juni — 000 M., ausländischer Royal-Roggen 70 bis 71 kg. 000 000 M., desgl. per Mai 000 000 M., La Plata clipped-Hafer 140—150 000 M., amerikanischer White-c lipped-Hafer 000—000 000 M., Donau- oder Schwarzmeer-Gerste (65—67 kg.) 130—145 000 M., desgl. (60 bis 61 kg.) per Juni 128—140 000 M., ameritan. Malz-Gerste prompt 125—135 000 M., Amerit. Malz prompt 130 bis 160 000. Alles per Zentner per Kasse, ab Bremen oder Unterwehshafen, bei Bezug von Waggonladungen.

Essener Viehmarkt am 11. Juni. Auftrieb: 11 Ochsen (4900—6200), 42 Bullen (5900—6500), 119 Kühe und Färsen (4000—6400), 81 Käber (6200—6900 M., je 1 Pfd. Lebendgewicht). Schweine: Festschweine (über 150 Kgr. Lebendgewicht) 7800, vollfleischige von 120 bis 150 Kgr. Lebendgewicht 7800, vollfleischige von 100 bis 120 Kgr. Lebendgewicht 7600—7700, vollfleischige von 80—100 Kgr. Lebendgewicht 7000—7700, vollfleischige unter 80 Kgr. Lebendgewicht 7000—7500, unreine Sauen und geschmitten Eber 7000—7500 M.

Hamburger Schlachthausmarkt vom 12. Juni. Auftrieb: 2571 Schweine. Schweine 1. Beschaffenheit 7200, 2. 6900, 3. 6500 M. Marktverlauf bespott. Auftrieb: 1666 Käber. 1. Beschaffenheit 6700—7300, 2. 6000 bis 6600, 3. 4800—5500, 4. 3500—4600 M. Marktverlauf träge.

Letzte Nachrichten.

Die interalliierten Verhandlungen.

Eine englische Note an Frankreich. — Der *Matin* wird optimistisch. — Verhandlungsbereitschaft Amerikas und Italiens.

Paris, 13. Juni. (Drahtb.) Das Ministerium des Äußern erwartet für heute wichtige Eröffnungen des Londoner Kabinetts, die der hiesige englische Botschafter amtlich der französischen Regierung übermitteln wird. Im französischen Lager ist eine zunehmende Strömung gegen England festzustellen. Die extremen nationalistischen Organe befürchten bereits, daß Poincaré den englischen Wünschen entgegenkommt. Sie warnen dringend vor einer Kompromißlösung.

Paris, 13. Juni. (Drahtb.) Aus den gestrigen Mitteilungen des Foreign Office an den französischen Botschafter schöpft die Pariser Blätter neue Hoffnung im Hinblick auf eine möglichst baldige Verständigung zwischen Paris und London.

Der „*Matin*“ gibt der Erwartung Ausdruck, daß die endgültige Entscheidung des englischen Kabinetts so beurteilt wird, daß sie nicht eine Herausforderung gegenüber der französischen Politik darstelle. Es sei möglich (?), so meint das Blatt, daß Lord Curzon es für angebracht hält, Deutschland nicht nur den einigen Willen der Verbündeten, daß der passive Widerstand aufzuheben sei, mitzuteilen, sondern ihm gleichzeitig in großen Zügen die Lösung des Reparationsproblems zu unterbreiten.

Washington, 13. Juni. (Drahtb.) Wie englischen Blättern aus Washington gemeldet wird, wollen die Vereinigten Staaten mit den anderen Staaten über die Pläne zur Lösung der Reparationsfrage diskutieren, wenn hierfür Reigung besteht. Anregungen hierzu dürften die Vereinigten Staaten günstig aufnehmen.

Rom, 13. Juni (Drahtb.) Die italienische Presse begrüßt die englische Stellungnahme in der Reparationsfrage und ist ebenfalls für die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage ohne vorher von Deutschland die Aufgabe des passiven Widerstands zu fordern.

Neue Lohnverhandlungen.

Berlin, 13. Juni. (Drahtb.) Montag Nachmittag finden im Reichsfinanzministerium erneute Besprechungen mit den Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter und den Vertretern der Reichsbehörden zum Zwecke der Anpassung der Löhne an die Teuerung statt.

Wetterbericht.

U. Bremen, 13. Juni. (Drahtb.) Mäßige rechtsdrehende nordwestliche Winde, wechselnde Bewölkung, leichte Regenschauer, kühl.

Vorbörsliche Devisenkurse.

Berlin, 13. Juni, mittags. (Drahtb.)

Gulden 37 850 M.

Dollar 96 750 M.

Pfd. Sterling 460 000 M.

Schweiz. Franc 18 750

Bundes-Kriegerfest in Lohne i. O.

am 16., 17. und 18. Juni.

Landgemeinde Lohne.

Zudertarten-Ausgabe am Freitag, dem 15. Juni in Schalands Wirtschaft zu Lohne, von vorm. 8-12 Uhr und 3-6 Uhr.

Sempelmann.

Stellmacher-Zwangsinnung Amt Vechta.

Versammlung

am Sonntag, dem 17. Juni, nachmittags 3 Uhr, bei Kömann, Lohne. Der Vorstand.

Versammlung

der Genossen der Begeggenossenschaft 9 (Krüger Ehrendorfer Moor) am Samstag, dem 16. d. Mts., nachm. 5 Uhr bei Kirchhoff in Kroge.

Tagesordnung:

1. Rechnungsabschluss 1922/23.
2. Vorstandswahl und Verschönerung.

Der Vorstand.

Pferdeversicherungsverein für Düngrup und Umgegend.

Versammlung

am Sonnabend, dem 16. Juni, nachm. 6 Uhr, in Herrn Befudens Gasthof zu Düngrup.

Tagesordnung:

- Erhöhung der Versicherungssumme.
- Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Berein ehemaliger Schüler der landwirtschaftlichen Schule zu Dintlage.

Gemäß dem Vereinsbeschlusse vom vorigen Winter findet die nächste

General-Versammlung

am Montag, dem 25. Juni in Elsten Wirtschaft in Hudekrieden bei Dönningen statt.

Tages-Ordnung:

- 11 Uhr vormittags: Abfahrt mit Wagen von Stegemanns Gasthof in Dönningen zu Besichtigungen in Angelbed. — Ankunft des Zuges in Dönningen 10 $\frac{1}{2}$ Uhr von Quatenbrück-Essen.
- 12 $\frac{1}{2}$ Uhr: Generalversammlung im Saale der Wirtschaft Elsten in Hudekrieden. — Geschäftliche Angelegenheiten. Siedlungsfragen, Neukulturen.
- 1 $\frac{1}{2}$ Uhr: Gemeinschaftliches Mittagessen daselbst.
- 2 $\frac{1}{2}$ Uhr: Wagenfahrt zu Besichtigungen durch Hudekrieden, Wintum usw.
- Nach der Rückkehr gegen 4 Uhr: Gemütliches Zusammensein in Elsten Wirtschaft in Hudekrieden, wozu auch die Damen der Umgegend eingeladen sind.
- 6 $\frac{1}{2}$ Uhr: Abfahrt mit Wagen zu dem gegen 7 Uhr von Dönningen abfahrenden Zuge nach Essen-Quatenbrück.

Es ist besonders dankend anzuerkennen, daß die Dönninger Kameraden die Gespanne für die Wagenfahrt stellen und sich auch bereit erklärt haben, zur Verbilligung des Mittagessens Naturalbeisteuern zu leisten. Aus diesem Grunde ist es nun aber auch unerlässliche Pflicht eines jeden Teilnehmers, sich rechtzeitig vorher anzumelden. Anmeldungen nehmen die Ausschussmitglieder in den einzelnen Gemeinden bis zum 17. Juni entgegen.

Zahlreiche Beteiligung erhofft:

Der Vorstand.

Mobilien-Verkauf.

Am Montag, dem 18. Juni 1923, nachmittags 1 Uhr beginnend läßt Frau Johanna Wübbelmann in Halter bei Schneidertrug wegen Aufgabe des Haushalts folgende Gegenstände öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen:

- 1 milchgebende Kuh (5 Jahre alt), 1 Rind (1 $\frac{1}{2}$ Jahr), 7 ostfriesische Schafstämme, 40 Hühner und 1 Hahn, 2 gut erhaltene Kochherde, 1 Glaschrank (Anrichte) 1 eichene Anrichte, 1 Kleiderschrank, Leinenschrank, ein Regulator, Wecker, Spiegel, Tische, Stühle, Rohrstuhl, Hängelampe und sonstige Lampen, Torkasten, Küchenwaage, Küchengeräte, ein Damenfahrrad, 1 neue Zentrifuge (120 Lit.), Mehlkiste, Schweinefellen, 2 Schiefbarren, Schneidbade, Schweineerde, Rübenschnitser, Degimalwaage, 2 gut erhaltene Kuhgeschirre, Einfriedigung um drei Weiden, Art, Bell, Kuhbetten und viele sonstige Haus- u. Wirtschaftsgüter.

Ferner:

Ofen, Mantelkessel und 2 Herrenfahrräder.

Käufer labet ein

Vechta.

B. Meinte.

Kriegerverein Vechta.

Zur Teilnahme am Bundeskriegerfest in Lohne am Sonntag, dem 17. Juni, versammeln sich die Kameraden um 9.15 Uhr vormittags beim Vereinslokal.

Vor dem Abmarsch zum Bahnhof wird am Denkmal zu Ehren der gefallenen Kameraden ein Kranz niedergelegt.

Um 10.00 Uhr Abfahrt nach Lohne. Die Kameraden werden gebeten, sich möglichst zahlreich zu beteiligen. Anzug beliebig; Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen.

Der Vorstand.

Auf nach Bestrup!

Am Sonntag, dem 17. d. Mts. (Bestruper Kirmei)

Tanzmusik.

Es laden ein

die Wirte:

J. Albers, J. Göbde.

Empfehle in großer Auswahl.

Moderne Stand- und Wanduhren, Regulatöre, Hausuhren und Wecker in bester Friedensausführung. Taschenuhren für Damen und Herren in jeder Qualität u. Preislage. Es empfiehlt sich, seinen Bedarf zu decken, da in aller Kürze mit einem weiteren bedeutenden Aufschlag zu rechnen ist. Altes Gold und Silber zu hohen Preisen zu kaufen gesucht.

Arthur Müller, Vechta, Uhrmacher und Optiker, Großestraße 25.

Habe sämtliche Sorten Fensterglas, strichfertige Del-Farben, sowie sämtliche trockene Farben und jedes Quantum Carbolinum

zu den billigsten Tagespreisen abzugeben.

H. Steffens, Steinfeld, Malergeschäft.

Empfehle weißen Stückfalk.

Goldenstedt Bf. Arnold Meyer.

Bilanz am 31. Dezember 1922.

a. Aktiva.	
1. Kassa-Konto	29.75 Mf.
2. Verlust in 1922	497.55 "
	Sa. 527.30 Mf.
b. Passiva.	
1. Geschäftsguthaben	76.— Mf.
2. Reservefonds	400.— "
3. Bankschulden	46.30 "
4. Nicht erhobene Geschäftsanteile	5.— "
	527.30 Mf.
Mitglieder-Bewegung.	
Mitglieder am 1. Januar 1922	81
Zugang in 1922	2
Abgang in 1922	7
Mitglieder am 31. Dez. 1922	76
Haftsumme am 1. Jan. 1922	810 Mf.
31. Dez. 1922	760 Mf.

Stierhaltungs-genossenschaft Südlöhne e. G. m. b. H. zu Südlöhne.

Der Vorstand.

G. Jodeler. G. Bedez. G. Sandmann.

Empfehle frischen Schellfisch und Cabeljau. Wihl. Schoster, Vechta.

Auto-Bermietung zu jeder Tages- u. Nachtzeit.

Wihl. Debring, Vechta i. O. Fernruf 241.

Bruchbänder auch für schwere Fälle. S. Fehrmann, Nachf., Bremen, Knochenhauerstr. 13.

Lupinen, Ceradella empfiehlt

Jos. Hafkamp, Steinfeld. Telefon 24.

Lager Falkenrodt empfiehlt Salinen-Siedesalz Steinsalz Vechta, D. Schröder

Asthma kann in etwa 15 Wochen geheilt werden. Sprechstunden in Oldenburg, Hotel zum neuen Haus a. Pferdemarkt jeden Dienstag von 8-12 Uhr.

Dr. med. Ziegelroth, Spezialarzt für Nervenleiden (früher Dr. Alberts.) Sommerproffen! Ein einfaches wunderbares Mittel teile ich gern jedem kostenlos mit.

Frau M. Poloni, Hannover 2, 505, Schlegelstr. 106.

Kaufe jeden Posten ausgekammte Frauenhaare und zahle die höchsten Tagespreise.

Georg Bornhusen, Friseur.

Klaviere in billigster Preislage Kauf, Miete, Ratenzahlung. Pianohaus-Rau, Bremen, Meinkenstraße 5.

Kochschlachtereie W. Feierabend, Dsnabrück — Commenderiestraße 118. Fernsprecher 818.

Zahle für Schlachtpferde die höchsten Tagespreise. Bei Not-schlachtungen schnellste Erledigung. Eigenes Transportauto. Habe 4 Stk. 50-pfünd.

Schweine zu verkaufen. Louis Kläne, Schleddehausen b. Balum.

Ein Sangfinken zu kaufen gesucht. Clem. Bekermann, Vechta.

Statt Karten.

Die Verlobung unserer Tochter EMILIE mit dem Herrn ALOIS WILLEN aus LOHNE beehren wir uns anzuzeigen.

Meine Verlobung mit Fräulein EMILIE WENDELN zeige ich hiermit an.

Fabrikant Alois Willen.

B. Wendeln u. Frau TONI geb. VÖLKERDING.

SCHNEIDERKRUG i. O. LOHNE i. O.

Kein Empfang.

Suche auf sofort einen Tischler- oder Zimmergesell. Näheres bei E. S. Hontomp, Steinfeld i. Oldbg.

Cleve, 1 Jahr praktisch, gutes Zeugnis, sucht Weiterbildung. Naabe, Berlin-Wilmersdorf, Uhländstr. 75.

6 Arbeiter, per 20. Juni, respektive 1. Juli gesucht. Bernhard Bergmann, Zementdachziegel-fabrik, Steinfeld i. Oldbg.

Wir suchen für unser Zigarren-Detailgeschäft mögl. per sofort ein junges Mädchen aus guter Familie als Verkäuferin.

Borkenentnisse nicht absolut erforderlich. Bewerberinnen aus nächster Umgebung, welche zu Hause wohnen können, haben den Vorzug.

Gebr. Hafmann, Zigarrenfabrik, Lohne.

Mädchen, 17-20 Jahre alt, für Haushalt und Geschäft für sofort nach Köln gesucht. Näheres Buchhdlg. Brand, Lohne.

1 Dienstmädchen, 18 Jahre, 1 Knecht, 22 Jahre, suchen sofort eine Stelle in der Landwirtschaft.

Auskunft erteilt Lichtenstein, Vechta.

Für kinderlosen Geschäftshaus zu sofort nicht zu junges Alleinmädchen gesucht. Hoher zeitgemäßer Lohn.

Heinrich Stamm, Münster (Westf.), Roggenmarkt 5.

Suche auf sofort ein ordentliches Dienstmädchen. Hoher Lohn und gute Behandlung zugesichert, auch gegen Roggenvergütung. Viehhölg. S. Sierhaus, Damme.

Elektr. Licht- u. Kraftanlagen jeder Art, Reparaturen prompt und billig.

Otto Zuste, Elektr. Meister, Vechta, Stoppelmarktsweg.

Habe ständig großes Lager in allen Sorten Salzheringen, Marinaden sowie Feinmarinaden in Dosen. Verlangen Sie Offerte!

E. Wedde, Herings-Import-Export, Oldenburg, Telef. 740.

Kleingärtner-Genossenschaft e. G. m. b. H. Oldenburg i. O., Burgstraße 30, sucht für ihre Mitglieder sofort und auf Selbstlieferung

Speisekartoffeln möglichst direkt vom Erzeuger zu kaufen. Sofortige Angebote an obige Adresse erbeten.

Einen Stall, Eichenfachwerk, 8 mal 9 Mir., passend zu einer Scheune, auf sofort zum Abbruch zu verkaufen.

Molkerei Schwichteler.

Todes-Anzeige.

Heute nachmittags entschlief nach langem, schwerem Leiden, öfters versehen mit den hl. Sterbesakramenten, meine gute Tochter, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Witwe Anna Barnhorst geb. Stuntebeck im 54. Lebensjahre.

Am ein andächtiges Gebet für die teure Verstorbene bitten Die trauernden Angehörigen. Harpendorf b. Steinfeld, Hoidorf und Bochum i. Westf., den 11. Juni 1923. Die Beerdigung findet am Freitag, dem 15. Juni, morgens 9 $\frac{1}{2}$ Uhr vom Krankenhanse aus statt. Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.